

„Schutz der Bibliotheksnutzer vor extremen Inhalten“



Von **Christoph Lemmer**
Freier Mitarbeiter

Veröffentlicht am 10.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Das Hauptgebäude der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg

Quelle: picture alliance/Harald Dostal/picturedesk.com

An der Uni Würzburg herrscht Aufruhr über den Umgang mit Büchern aus „(neu)rechten und linksextremen Verlagen“: Laut internen E-Mails ist der neu eingeführte „Medientyp 43“ nur „auf Bestellung im Lesesaalbereich“ zugänglich. Die Uni weist den Verdacht ideologischer Gründe zurück.

Alles nur ein Missverständnis? Das Werk eines übereifrigen Mitarbeiters? So stellt die Spitze der Julius-Maximilians-Universität Würzburg dar, was Ende September eher als handfester Skandal begann, nämlich eine Art Zensur gegen Bücher aus „(neu)rechten und linksextremen Verlagen“ im Bestand der Uni-Bibliothek.

Nach WELT-Informationen war das neue Verfahren zu diesem Zeitpunkt schon umgesetzt. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter bekam eine Dissertation nicht mehr ausgehändigt, sondern nur zum Lesen unter Aufsicht im Lesesaal.

Die Sache flog auf, nachdem der Historiker Peter Hoeres bei der Uni-Leitung nachgefragt hatte, was der Grund für die neue Vorschrift sei. Ein leitender Mitarbeiter der Bibliothek antwortete nicht nur Hoeres, sondern einem weiteren Kreis von Adressaten. Die E-Mails wurden innerhalb der Uni herumgereicht; sie liegen WELT vor.

Der Bibliotheks-Mitarbeiter schrieb am 30. September, es gebe an der Uni einen neuen „Medientyp“ – nämlich den „Typ 43“. Der gelte für „die Nutzung aktueller Literaturtitel aus dem (neu)rechten und linksextremen Verlagsspektrum“. Dieser neue Medientyp sei „in Absprache mit dem Universitätspräsidenten und dem Kanzler der Julius-Maximilians-Universität“, Uwe Klug, eingeführt worden, um besagte Titel „aus ihrer anonymen Nutzungsmöglichkeit in unkontrollierter Freihandaufstellung herauszulösen und künftig nur noch als Magazinbestand auf Bestellung im Lesesaalbereich der Zentralbibliothek zugänglich zu machen“.

Damit, so schreibt der Mitarbeiter weiter, solle natürlich nicht die Forschung „behindert oder limitiert werden“. Die Uni fühle sich „der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ verpflichtet. Daher wolle sie einen „Modus“ zum „Schutz der Bibliotheksnutzerinnen und -nutzer vor extremen Inhalten“ etablieren. Zugleich gelte es auch, für den „Schutz extremer Inhalte vor ihrer Zerstörung oder Beschädigung“ zu sorgen. Damit solle der „Textkorpus für die Bearbeitung extremer bzgl. (sic!) verfassungsrechtlich schwieriger Themen und umstrittener Ansichten“ bewahrt werden.

Bei besagter Dissertation handelt es sich um eine Biografie über den konservativen Publizisten Caspar von Schreck-Notzing. Erschienen ist sie im Karolinger-Verlag mit Sitz in Wien und Leipzig. Der beschreibt sein Programm als „disparat“ anmutendes Sammelsurium „von militärischer Geistesgeschichte über die Naturwissenschaft der Romantik bis zur politischen Philosophie; von Österreich-Ungarn, dem europäischen Osten sowie dem Orient bis zu wiederentdeckten Klassikern der Restauration und der Konterrevolution“. Seine Kritiker bewerten ihn als „rechts“ oder „neurechts“.

Zu seinen profilbildenden Autoren gehören Armin Mohler und Michael Klonovsky. Mohler war 1942 aus der Schweiz nach Deutschland desertiert und ging zur Waffen-SS. Nach dem Krieg arbeitete er unter anderem als Redenschreiber für CSU-Politiker Franz Josef Strauß. In den 1980ern war Mohler einer der Vordenker für eine neue Partei rechts der Union, gemeinsam mit den Gründern der „Republikaner“. Unter verschiedenen Pseudonymen publizierte er Texte für die rechtsextreme „National Zeitung“ und andere Blätter. In der „Jungen Freiheit“ forderte er, die „Auschwitz-Lüge“ solle wissenschaftlich genauer untersucht werden.

Klonovsky war nach Angaben auf seiner Website (<https://www.klonovsky.de/auto-biografisches/>) unter anderem „publizistischer“ Berater der damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus256046448/Frauke-Petry-Kulturkampf-gegen-Wertewesten-gefuehrt-von-Kollektivisten-und-dschihadistischem-Islam.html>) sowie Redenschreiber des damaligen AfD-Fraktionschefs Alexander Gauland. Er berate namentlich nicht genannte AfD-Politiker.

Uni erklärt Verdacht für „absurd“

Fragen von WELT zur Zahl der als „Typ 43“ indizierten Werke beantwortete die Uni Würzburg nicht. Ebenso wenig gab sie Auskunft darüber, welche Werke – auch linksextreme – unter den Index fallen. Die Anfrage wurden über mehrere Tage ignoriert und zugesagte Fristen für Antworten nicht eingehalten. Das änderte sich, nachdem WELT die Fragen an das bayerische Wissenschaftsministerium von Minister Markus Blume (CSU) weitergeleitet hatte. Wenige Stunden später antwortete zwar nicht das Ministerium – aber die Uni-Pressestelle in Würzburg.

Der Verdacht, der „Typ 43“ bedeute eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit (<https://www.welt.de/debatte/plus68da91d8de710a0a2d5f5ece/universitaeten-zeit-fuer-eine-dickere-haut.html>), „ist absurd“, teilte eine Sprecherin mit. Es handele sich um einen eher technischen Vorgang. „Im Zuge der Digitalisierung des Ausleihsystems“ sei „pflichtgemäß eine Sichtung des kompletten Bestands“ der Uni-Bibliothek vorgenommen worden. Es solle sichergestellt werden, „dass keine ungeeigneten Werke“ ausgegeben werden, „wobei sich ‚ungeeignet‘ in kleinster Weise auf ideologische (sic!) Kriterien bezieht“.

Vielmehr habe es „schon immer“ Bücher gegeben, die „aus Schutzgründen“ nicht ausgeliehen werden, „wie wertvolle Handschriften oder Bücher, die ggf. einer strafrechtlichen Verfolgung unterliegen bzw. als jugendgefährdend indiziert wurden“. Auch die könnten aber im Lesesaal „ohne Aufsicht eingesehen werden“.

Offenbar auch als Reaktion auf die WELT-Anfrage und einen Anruf aus dem Ministerium habe es ein „klärendes Gespräch“ in der Uni gegeben, erfuhr WELT von mehreren Seiten in der Uni. Bei der Gelegenheit sei festgestellt worden, dass der leitende Bibliotheksmitarbeiter in seiner E-Mail den „Typ 43“ falsch dargestellt habe.



Ideologische Konflikte gibt es in der Uni Würzburg seit Längerem. Eine Gruppe linker Studenten hatte im vergangenen Frühjahr – teils mit Unterstützung aus der Uni-Leitung – dem Historiker Hoeres und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter „neurechte Tendenzen“ vorgeworfen und einen Umbau seines Instituts verlangt. Dagegen wehrten sich Hoeres und sein Mitarbeiter – erfolgreich.

Christoph Lemmer (<https://www.welt.de/autor/christoph-lemmer/>) ***berichtet für WELT als freier Mitarbeiter vor allem über die Politik in Bayern.***